

## ***Lebensqualität in einer Gesellschaft jenseits des Wachstumszwangs***

Das Thema Postwachstumsgesellschafterscheint unzeitgemäß und zeitgemäß zugleich. Die Finanz- und die Schuldenkrise führten und führen zu Einbrüchen in der Wirtschaftsentwicklung und die Politik setzt alles daran, mit Sparprogrammen, Rettungsschirmen und Impulsmaßnahmen zu einer Stabilisierung und wieder zu „normalem“ Wachstum zu kommen. Eine der neuen Hoffungsformeln heißt „Grünes Wachstum“. In der Bundesrepublik sind alle Parteien dafür, von der CDU bis zu den Grünen, international war die „Green Economy“ die Losung für die Konferenz im Juni 2012 zu Rio + 20 und es ist die Lösung für die wachstumsschwachen Industriestaaten, ebenso wie für die wachstumsstarken Schwellenländer wie auch für die Entwicklungsländer, die noch nicht auf Wachstumskurs sind. Trotzdem gibt es gute Gründe, sich mit der Politik des Wirtschaftswachstums – sei es grünes oder anderes - kritisch auseinanderzusetzen und über eine Postwachstumsgesellschaft nachzudenken – eine Gesellschaft, die stabil und unabhängig vom Wirtschaftswachstum ist, und die die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten einhält.

Mit der Frage von Wachstum und Wohlstand beschäftigte sich schon der frühere Bundeskanzler und „Miterfinder“ der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard. Er schrieb in seinem Buch „Wohlstand für Alle“ im Jahr 1957:

„Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zurecht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“ Und weiter: „...dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortdauernden Expansion noch länger das Heil erblicken zu wollen.“

Erhards Nachdenklichkeit kam in den 1950er/60er Jahren nicht an, seine Appelle zum Maßhalten wurden als kleinkariert abgetan. Heute diskutieren wir die damaligen Überlegungen zu Wohlstand und Wachstum wieder, nun vor dem Hintergrund der ökologischen und ökonomischen Krisen. Diese Debatte findet in vielen Ländern statt, sie ist keine provinzielle deutsche Eigenart. Es ist keine Debatte, die sich politisch festmachen lässt, sie findet genauso in der eher links-alternativen Bewegung statt wie in konservativen Kreisen statt. Sie ist keine Debatte in der Nische, spätestens seit Präsident Sarkozy 2009 die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission mit drei Nobelpreisträgern eingesetzt hat zur Überprüfung des Maßstabs „Bruttoinlandsprodukt“, seit die OECD sich mit „Beyond Growth“ beschäftigt und seit es die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gibt. Der Kern der Debatte betrifft die Frage, ob das Ziel unserer wirtschaftlichen Aktivitäten, ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP), das richtige Ziel ist und ob sich das wirtschaftliche Wachstum unbegrenzt fortsetzen lässt in einer begrenzten Welt.

## **Arbeitsgruppe 1 Weltgemeinwohl, Ansätze zu Postwachstum und globaler Gerechtigkeit**

### **Angelika Zahrnt „Auf dem Weg zur Postwachstumsgesellschaft“**

Konturen einer solchen Postwachstumsgesellschaft zeichnen sich ab. Ich möchte sechs Themenfelder kurz beleuchten:

#### **1. Wirtschaft**

Die Verteuerung von Energie und Ressourcen – über eine ökologische Steuerreform oder die Marktentwicklung wegen zunehmender Knappheiten – wird die Gewichte zwischen Globalisierung und Regionalisierung verschieben. Regionales Wirtschaften wird wichtiger: regionale Rohstoffe, Recycling und Kreislaufwirtschaft, regionale Wertschöpfungsketten und Kundenbeziehungen, langlebige, reparaturfähige Produkte, energieeffiziente und ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen, und Dienstleistungen wie Car-Sharing, die den Besitz von Produkten ersetzen können.

#### **2. Arbeit und Zeit**

Da die Steigerung der Arbeitsproduktivität (die bedeutet, dass für die gleiche Produktionsmenge weniger Beschäftigte gebraucht werden) nicht mehr durch eine Erhöhung der Produktionsmenge d.h. durch Wachstum wird kompensiert werden können, wird eine Politik der Arbeitszeitverkürzung den Beschäftigungsstand halten und ausbauen müssen – und zwar in unterschiedlichen Formen und Modellen und – oberhalb eines bestimmten Mindesteinkommens – ohne Lohnausgleich. Das bedeutet für den Einzelnen weniger Erwerbsarbeit und weniger Erwerbseinkommen, aber auch mehr freie Zeit.

Dieses Mehr an freier Zeit kann in unterschiedlichen Bereichen eingesetzt werden; dieser Einsatz wird auch gesellschaftlich gebraucht:

für Selbstversorgung und Eigenproduktion – vom Gärtnern bis zum Schreinern und anderen handwerklichen Tätigkeiten,

für die Versorgung und Pflege, das Kümmern um andere. Es wird nicht möglich sein, alle Pflegearbeiten zu bezahlten Dienstleistungen werden zu lassen, weil es nicht finanzierbar ist. Es ist aber auch die Frage, ob dies wünschenswert wäre, ob nicht Nachbarschaftsnetze, Mehrgenerationenhäuser, Alten-Wohngemeinschaften, eine Mischung aus öffentlicher und privater Unterstützung passendere Lebensformen in unterschiedlichen Lebens- und Familienphasen ermöglichen

für mehr Zeit um sich einzumischen und mitzumachen, in Initiativen und Projekten, in Verbänden und in der Politik.

für mehr freie Zeit als Freizeit, um die Bücher, die man hat, auch zu lesen, die CDs zu hören, sich mit Freunden zu treffen.

#### **3. Konsum**

Die Menge der Konsumgüter wird geringer sein, aber ihre Qualität besser, ihre Lebensdauer länger, ihre Reparaturfähigkeit höher. Wir werden von der Wegwerfgesellschaft wegkommen (heute werden z. B. ca. ein Drittel der Nahrungsmittel weggeworfen) zu einer Kultur der Achtsamkeit. Die Versorgung durch gekaufte Produkte wird dann durch getauschte und selbst hergestellte Güter ergänzt. Wenn Konsum nicht mehr der Wachstumsmotor der Wirtschaft sein muss, können wir uns auch wieder mehr konsumfreie Zonen leisten, - in den Städten und in den Medien.

Auf der anderen Seite bedeutet ein geringerer individueller Konsum, dass öffentliche Räume, öffentliche Einrichtungen, öffentliche Verkehrsinfrastrukturen umso wichtiger sind – die Schwimmbäder, Büchereien, Jugendzentren, städtische Grünflächen. Auch neue öffentliche oder gemeinsam finanzierte

Einrichtungen wie Freiflächen zum Gärtnern, Häuser der Eigenarbeit, wo Handwerksgeräte und Anleitung durch kundige Personen vorhanden sind.

#### **4. Bildung**

In einer Postwachstumsgesellschaft, die keine konsumzentrierte Gesellschaft mehr ist, braucht es eine Neuorientierung der Bildung, wie sie sich auch in den Konzepten und Beispielen der Bildung für nachhaltige Entwicklung abzeichnet. Die Leere, die entsteht, wenn Konsum keine zentrale sinnstiftende Instanz der Gesellschaft mehr ist, muss durch Inhalte gefüllt werden, die es ermöglichen, ein sinnvolles, selbstbestimmtes und tätiges Leben zu führen. Dazu muss Bildung stärker die Förderung lebenspraktischer, musischer und handwerklicher Fähigkeiten während des gesamten Lebens einschließen und auch die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Organisation und Partizipation muss gelernt werden.

#### **5. Soziale Gerechtigkeit**

Eine Postwachstumsgesellschaft wird eine sozial stärker ausgeglichene Gesellschaft sein. Denn wenn das Versprechen, über höheres Wirtschaftswachstum sozialen Ausgleich zu erreichen, wegfällt, dann stellt sich die Verteilungsfrage in größerer Schärfe. Bei einem Kuchen, der nicht mehr wächst, ist es umso offensichtlicher und dringlicher, dass er gerecht aufgeteilt werden muss. Empirische Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern zeigen, dass geringere Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu einer größeren Zufriedenheit und weniger Problemen in den Gesellschaften – und zwar in allen Gesellschaftsschichten – führen.

#### **6. Demokratie und Partizipation**

Ein häufiges Argument für die Fortsetzung des Wachstumskurses ist, dass nur über steigenden, individuellen und gesellschaftlichen materiellen Wohlstand (oder zumindest die Aussicht darauf) die gesellschaftliche Zustimmung zu einer demokratischen Regierungsform aufrechterhalten werden kann. Ohne Wachstum würden die Verteilungskonflikte an Schärfe und Vielfalt so massiv zunehmen, dass sie in demokratischen Strukturen nicht mehr aufgefangen werden könnten. Dieses Argument, dass der Wachstumskurs notwendig ist zum Erhalt der Demokratie, ist zwar oft überzeichnet, gleichwohl gibt es Beispiele für Gefährdungen und Abschaffungen von demokratischen Regierungsformen in wirtschaftlichen Krisenzeiten – allerdings zumeist bei einem sehr niedrigen materiellen Ausgangsniveau. Umso wichtiger ist die Frage, wie die Demokratie gestärkt werden kann, damit gerade auch in gesellschaftlichen Transformationsprozessen – wie sie der Abschied von der Wachstums- und Konsumgesellschaft darstellt – die Einsicht, Zustimmung und Bereitschaft zur demokratischen Mitgestaltung dieser Prozesse wächst. Dafür sind positive Bilder einer Postwachstumsgesellschaft wichtig, die zeigen, wie auch mit geringeren – privaten wie öffentlichen – finanziellen Mitteln eine gute Lebensqualität erreicht und durch aktives Mitgestalten der Bürgerinnen und Bürger in politischen Gemeinwesen, in Unternehmen und Institutionen, in eigenen Initiativen und Projekten neue Qualitäten gewonnen werden können.